



Marburg, 10.10.2012

Eingang: XX.XX.XXXX

**DIE LINKE. - Fraktion**

TOP:

Lfd.Nr.

**Antrag zur Kreistagssitzung am 16. November 2012****Beschluss:**

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf beauftragt die vom Kreistag am 17. Juni 2011 gewählten Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, auf den Vorstand der Sparkasse einzuwirken, ab dem Geschäftsjahr 2013 die Zinsen für eingeräumte Dispositionskredite und geduldete Überziehungskredite ihrer Privatkunden streng an den Leitzins der EZB zu koppeln. Der Zinssatz soll dabei maximal 5 Punkte über dem Leitzins der EZB liegen.

Zudem bittet der Kreistag den Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf sich diesem Ansinnen nicht zu verschließen und fordert den Kreisausschuss auf, sich dieser Bitte anzuschließen.

**Begründung:**

Die Zinsen der Dispositionskredite für Privatkunden liegen bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf zurzeit bei 14,09 Prozent. Für geduldete Überziehungen berechnet die Sparkasse 18,09 Prozent (Stand 10.10.2012, telefonische Auskunft). Diese überzogen hohen Dispositions- und Überziehungskreditzinsen belasten seit Jahren arme Familien und auch immer mehr kleinere und mittlere Betriebe im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Der Zinssatz für Dispositions- und Überziehungskredite sollte daher auf maximal fünf Prozentpunkte über dem Leitzins der EZB begrenzt werden.

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen (§ 2 SparkG Hessen), verfolgt ein anderes Geschäftsmodell als die Universalbanken in Privateigentum. Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf ist trotz der seit 2008 anhaltenden Krise des Finanzsektors in den letzten Jahre ertragskräftig genug, um Millionenbeträge für die Haushalte des Landkreises und der Stadt Marburg sowie das Sponsoring von Kultur und Sport aufzubringen. Eine Reduzierung der Zinsen für Dispositionskredite erscheint tragbar und dient dem öffentlichen Wohl.

Die Fraktion verweist darauf, dass eine Studie zu Dispozinsen und Ratenkrediten für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) in diesem Bereich dringenden Handlungsbedarf sieht. Im Landtag Brandenburg haben DIE LINKE und SPD einen Antrag zur Begrenzung der Dispozinsen verabschiedet und eine Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg verfolgt dasselbe Ziel.

Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen (iff) und des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW):

[http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Verbraucherschutz/FinanzenVersicherungen/Studie-DispoZinsRatenKredit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Verbraucherschutz/FinanzenVersicherungen/Studie-DispoZinsRatenKredit.pdf?__blob=publicationFile)

Antrag SPD/DIE LINKE Brandenburg:

[http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_5800/5818.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_5800/5818.pdf)

Bundesratsinitiative Baden Württemberg:

[http://www.bundesrat.de/cln\\_236/SharedDocs/Drucksachen/2012/0501-600/550-12,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/550-12.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_236/SharedDocs/Drucksachen/2012/0501-600/550-12,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/550-12.pdf)

Gez.

Anna Hofmann

Dr. Ingeborg Cernaj

Bernd Hannemann

Adnan Yildirim